

Bericht aus der Wintersession 2013

Die Wintersession 2013 stand ganz im Zeichen der Mindestlohndiskussion und des Bundes-Budgets 2014.

Erste Woche: Bürgerrechtsvorlage, Botschaftsschutz und Mindestlohninitiative

Migranten werden auch künftig für den Schweizer Pass hohe Hürden überwinden müssen. Statt wie vom Bundesrat beantragt, die Mindestaufenthaltsdauer in der Schweiz von heute 12 auf neu 8 Jahre zu senken, sollen es 10 Jahre sein. Das ergab die Beratung der Bürgerrechtsvorlage im Nationalrat. Und für Jugendliche, die bei uns zur Schule gingen, sollen für die Berechnung der Aufenthaltsdauer nur jene Jahre doppelt gezählt werden, die sie zwischen dem fünften und dem fünfzehnten Lebensjahr in der Schweiz verbracht haben. Davon eine Mindestaufenthaltsdauer von 3-5 Jahren im Wohnkanton. Ich persönlich **würde eine unkomplizierte Vereinfachung des Verfahrens begrüßen**: Wer in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist, sollte mit der Volljährigkeit den Schweizer Pass erhalten.

Wegen der instabilen Lage in Libyen werden weiterhin Schweizer Soldaten die **Schweizer Botschaft in Tripolis bewachen**. Der Nationalrat hat der Verlängerung bis Januar 2016 klar zugestimmt. Der Einsatz von bis zu 20 Elitesoldaten für weitere zwei Jahren kostet rund 1,95 Millionen Franken.

Die **Volksinitiative "Für den Schutz fairer Löhne"** der Gewerkschaften schlägt einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde vor. Dies entspricht bei einem 100% Pensum in etwa 4000 Franken pro Monat. Nebst allen Fraktionen meldeten sich in der Debatte auch 72 Einzelvotanten zu Wort. Für mich ist klar: Das viel zitierte „Erfolgsmodell Schweiz“ heisst Ausgleich und sicher nicht das Vorhandensein schlechter Löhne. Nachfolgend ein Auszug aus meinem Referat:

"Für den Schutz fairer Löhne" heisst der Titel der Mindestlohn-Initiative. Wieso braucht es diese Mindestlohn-Initiative in der Schweiz? Vorneweg, Mindestlöhne sind der beste Schutz gegen Lohndumping, und zwar nicht nur für die Arbeitnehmenden, sondern auch für jene Arbeitgebenden, die heute schon anständige Löhne bezahlen.

Zweitens, über 300 000 Menschen in der Schweiz verdienen weniger als 4000 Franken im Monat. Nicht wenige davon sind sogenannte Working Poor. Was heisst das? Das sind Menschen, die voll arbeiten und von ihrem Lohn alleine nicht leben können. Das führt zur absurden Situation, dass wir solche Arbeitsverhältnisse mit unfairen Löhnen via Steuergelder - nämlich via Sozialämter - stützen müssen. Wollen Sie das, geschätzte Arbeitgebende auf der Seite der SVP und der FDP? Wollen Sie mit Steuergeldern schlechte Löhne subventionieren? Das machen Sie heute.

*Vergessen wir drittens nicht: **Tiefer Lohn heisst auch tiefe Rente**. Wissen Sie, die Leute, die das ganze Leben für 4000 Franken oder weniger krampfen, sind auch jene Leute, die im Alter eine tiefe Rente haben. Wieso ist das so? Sie haben eine kleinere AHV, sie haben ein kleineres Pensionskassenguthaben, und sie haben keine Möglichkeit, Geld für eine dritte Säule zu sparen. Sie werden also doppelt bestraft. Wer Ja sagt zu tiefen Löhnen - und das tut man mit einem Nein zur Mindestlohn-Initiative -, sagt auch Ja zu tiefen Renten.*

Diese Armut in der reichen Schweiz ist eigentlich ein Skandal. Währendem die einen den Hals kaum voll bekommen mit Millionensalären, müssen andere schauen, wie sie Ende Monat die Miete noch bezahlen können. Darum geht es bei der Mindestlohn-Initiative: Der Kuchen muss einfach wieder gerechter verteilt werden.

Als gewichtiges Argument, das auch immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, wird die Frage gestellt, wer denn überhaupt von der Mindestlohn-Initiative profitiere. Es ist klar, wer profitiert: Es ist die Reinigungsbranche, es ist der Verkauf, es ist die Landwirtschaft, auch Frauen profitieren von mehr Lohngerechtigkeit, gerade in den unteren Lohnsegmenten; es sind tendenziell jüngere Arbeitnehmende, was auch gut so ist, weil das auch jene sind, die Familien aufbauen müssen; und es sind Arbeitnehmende ohne abgeschlossene Berufslehre - ja, das gibt es. Leider ist es nicht jedem vergönnt, den gleich grossen Bildungsrucksack zu haben. Doch auch Arbeitnehmende ohne Berufslehre haben Anspruch, dies zu Recht, von ihrem Einkommen leben zu können. Und natürlich auch Teilzeitbeschäftigte würden profitieren, weil mit der Mindestlohn-Initiative ein Mindestlohn von 22 Franken verankert würde. Letztlich würde auch die Binnenwirtschaft profitieren. Gerade die KMU, gerade diese, profitieren, weil die Kaufkraft in der Breite zunimmt. Eine Zunahme der Kaufkraft in der Breite führt zu mehr Konsum, führt dazu, dass man sich eben den Kinobesuch leisten kann, dass man vielleicht zusätzlich noch einen Kaffee trinken gehen kann. Das wiederum führt zu neuen Jobs.“ ...

Die Diskussion machte es deutlich: Ausser den Fraktionen von SP und Grünen ist keine Partei bereit, den Lippenbekenntnissen auch Taten folgen zu lassen und die Mindestlohn-Initiative zur Annahme zu empfehlen. Auch der Bundesrat anerkannte zwar das Problem tiefer Löhne, lamentierte aber gegen das Volksbegehren.

Zweite Woche: Voranschlag, NEAT und Armee

Viel zu reden gab der Voranschlag 2014. Der Bundesrat legte für 2014 ein nahezu ausgeglichenes Budget vor. Doch der Nationalrat strich 150 Millionen beim Sach- und Betriebsaufwand aus dem **Gesamtbudget von rund 66 Milliarden**. Gespart werden soll nach dem Rasenmäherprinzip. Am Schluss resultiert nun ein Überschuss von 121 Millionen Franken. Undifferenzierte Sparübungen um Überschüsse zu erzielen, ist das sinnvoll? „Ohne Rücksicht, ohne Weitsicht: Das Parlament betreibt eine unseriöse Finanzpolitik.“ schrieb am 13.12.2013 der Tagesanzeiger.

Die vom Volk angenommene **Alpenschutz-Initiative** verlangt, dass die Verlagerung des Alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene aktiv gefördert wird. Darunter gehört der Bau eines 4-Meter-Korridors auf den Zulaufstrecken zur NEAT am Gotthard. Sie wird auf eine Eckhöhe von vier Metern ausgebaut, damit sie künftig auch für grosse Sattelaufleger passierbar ist. **Die Räte stimmten den 990 Millionen Franken für die Finanzierung des 4-Meter-Korridors zu.** Damit werden rund 20 Tunnels ausgebaut und 150 Profilhindernisse (Perrondächer, etc.) beseitigt. Neu profitiert davon auch die Lötschberg-Simplon-Achse. Die Räte erhöhten den vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesamtkredit um 50 Millionen Franken. Mit dem Geld sollen Nadelöhre, wie zu kurze Kreuzungsstellen bei Domodossola, behoben werden. Rückhalt im Rat fand auch der Vorschlag des Bundesrates, Anschluss-Projekte in Italien mit Darlehen zu unterstützen. Denn sollte an der Grenze zu Italien ein Nadelöhr entstehen, wären die teuren Investitionen in die Neat nicht viel wert.

Trotz Verkleinerung soll die Armee mehr Geld erhalten und ab 2016 bis zu 5 Milliarden Franken im Jahr kosten dürfen. So will es eine Motion, die die bürgerliche Mehrheit durch die Räte drückte. 2009-2011 betrug der Armeepfand jährlich noch 4.1 Milliarden. Dann ging der muntere Basar um die Erhöhung der Armeeausgaben los. Erst auf die heute geltenden 4,4 Milliarden pro Jahr, dann wurde von einer Erhöhung auf maximal 4,7 Milliarden Franken gesprochen und nun sollen es gar 5 Milliarden sein.

In der zweiten Sessionswoche wurde bekannt, dass das **Gripen-Referendum** mit 80'000 Unterschriften steht. Das Stimmvolk wird damit definitiv entscheiden können, ob die Schweiz wirklich über drei Milliarden für 22 zusätzliche Kampfflugzeuge ausgeben soll. Das Geld würde wohl an anderen Stellen fehlen: Beispielsweise bei der AHV, der Bildung, im öffentlichen Verkehr und beim Ausbau und der Entwicklung von erneuerbaren Energien. Auch sicherheitspolitisch lässt sich der Milliarden-Kauf nicht rechtfertigen: Erst kürzlich wurden die vorhandenen F/A-18 für hunderte Millionen Franken technisch nachgerüstet. Damit kann der luftpolizeiliche Dienst gewährleistet werden.

Dritte Woche: Fragestunde und Freihandelsabkommen Schweiz-China

Die Fragestunde des Nationalrates ist ein hervorragendes Instrument, um als Parlamentarier schnell und unkompliziert zu Antworten auf offene Fragen zu kommen. Sie findet jeweils zu Beginn der zweiten und der dritten Sessionswoche statt. Auch ich nutze dieses Instrument gerne. So reichte ich Fragen rund um die **Rostschäden an der Stahldruckschale des Containments im AKW Beznau** ein. Denn dieses ist im unteren Bereich korrodiert und kann nicht einfach ersetzt werden. So wollte ich wissen, welche Massnahmen das AKW Beznau eingeleitet hat, um der fortschreitenden Korrosionsschädigung an der als Schutzhülle dienenden Stahldruckschale entgegenzuwirken und wo die Beobachtungswerte dazu publiziert werden. Der Bundesrat kündigte an, neue Messwerte dazu würden in einem kommenden ENSI-Bericht publiziert und das AKW Beznau wolle mit der Einführung eines kathodischen Korrosionsschutzsystems und Trocknungsmassnahmen (um das eingedrungene Wasser zu entfernen) die „weitere Korrosionsschädigung an der Stahldruckschale stoppen oder zumindest verlangsamen.“

Angesichts der bedenklichen **Menschenrechtssituation in China** haben ich und die Mehrheit der SP-Fraktion das Freihandelsabkommen mit China abgelehnt. Für China bildet die Schweiz ein strategisch wichtiges Einfallstor in den europäischen Markt, da China bisher ein Abkommen mit der EU nicht möglich war. Umso wichtiger wäre es gewesen, hart zu verhandeln. Doch der Freihandelsvertrag Schweiz-China ist in Bezug auf eine künftige Verbesserung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten sowie von Umweltschutzbestimmungen mangelhaft.

Zur Wintersession gehört auch das **Weihnachtessen** der Bundeshausfraktionen. Das Essen der SP-Fraktion fand dieses Jahr im PROGR – ein Künstleratelierhaus und Gastrobetrieb im Zentrum der Stadt Bern- statt. Ich schätze solche Anlässe. Sie bieten Gelegenheit sich auch mal ausserhalb der Bundeshaushektik auszutauschen.